

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 87

FREITAG, DEN 10. NOVEMBER

2017

## Inhalt:

	Seite		Seite
Einleitung einer Änderung des Flächennutzungsplans.....	1905	Widmung einer Wegefläche im Stadtteil Hamburg-Altstadt – Graskeller – .....	1908
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans.....	1905	Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Stadtreinigung Hamburg (SRH) berechtigten Angestellten .....	1909
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms.....	1906	Öffentliche Bekanntmachung über die 1. Satzung zur Änderung der Beitragsordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten .....	1910
Aufstellungsbeschluss .....	1906		
Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs .....	1907		

## BEKANNTMACHUNGEN

### Einleitung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808, 2831), für den Geltungsbereich nördlich der Straße Poppenbütteler Weg sowie östlich und südlich angrenzend an landwirtschaftlich genutzte Flächen der Hummelsbütteler Feldmark im Stadtteil Hummelsbüttel (F 03/16 – Bezirk Wandsbek, Ortsteil 520) den Flächennutzungsplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss F 03/16 – „Wohnen nördlich Poppenbütteler Weg in Hummelsbüttel“).

Eine Karte zum Aufstellungsbeschluss, in der das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung farbig angelegt ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Wandsbek während der Dienststunden eingesehen werden.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans sollen auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine dem Standort gerechte Wohnnutzung mit angemessener baulicher Dichte an der Straße Poppenbütteler Weg geschaffen werden.

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von etwa 5,1 ha.

Hamburg, den 3. November 2017

Der Senat

Amtl. Anz. S. 1905

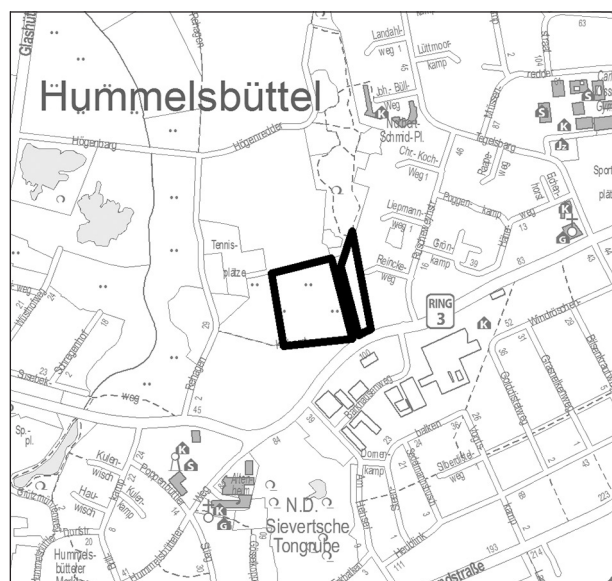
### Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat hat beschlossen, die Änderung des Flächennutzungsplans „Wohnen nördlich Poppenbütteler Weg in

Hummelsbüttel“ gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808, 2831), öffentlich auszulegen:

Änderung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss F 03/16)

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung liegt nördlich der Straße Poppenbütteler Weg sowie östlich und südlich angrenzend an landwirtschaftlich genutzte Flächen der Hummelsbütteler Feldmark im Stadtteil Hummelsbüttel (F 03/16 – Bezirk Wandsbek, Ortsteil 520).



Mit der Änderung des Flächennutzungsplans sollen auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung die planungs-

rechtlichen Voraussetzungen für eine dem Standort gerechte Wohnnutzung mit angemessener baulicher Dichte an der Straße Poppenbütteler Weg geschaffen werden.

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von etwa 5,1 ha.

Die Änderung des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) wird in der Zeit vom 20. November 2017 bis 20. Dezember 2017 an den Werktagen (außer sonnabends) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern:

- Mensch, hinsichtlich der Verkehrs- und Sportlärmmmissionen;
- Luft und Klima, hinsichtlich der Schadstoffbelastung und der klimaökologischen Bedeutung;
- Boden und Wasser, hinsichtlich der Schutzwürdigkeit des Bodens;
- Tiere und Pflanzen, hinsichtlich der Bedeutung als Lebensraum für Vögel und Amphibien sowie des gesetzlichen Schutzstatus einzelner Biotopstrukturen;
- Stadt- und Landschaftsbild, hinsichtlich der Bedeutung als Naherholungsgebiet.

Ebenso sind umweltbezogene Stellungnahmen Bestandteil der Auslegung. Darin werden folgende Schutzgüter thematisiert:

- Mensch, hinsichtlich Naherholung;
- Luft und Klima, hinsichtlich der klimaökologischen Funktion;
- Boden und Wasser, hinsichtlich der Bodenfunktion und des Wasserhaushaltes;
- Tiere und Pflanzen, hinsichtlich der Vernetzung natürlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere;
- Stadt- und Landschaftsbild, hinsichtlich der stadtklimatischen Bedeutung und des Eingriffes in die Landschaftsachse im Allgemeinen.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Eine Vereinigung im Sinne des §4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) ist in einem Rechtsbehelfsverfahren nach §7 Absatz 2 UmwRG gemäß §7 Absatz 3 Satz 1 UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Ein Duplikat der Änderung des Flächennutzungsplans kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, Neuenfelder Straße 19, I. Obergeschoss (Eingangsbereich), Raum E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 3. November 2017

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**

Amtl. Anz. S. 1905

## Öffentliche Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms

Der auf Grund von §4 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (HmbBNatSchAG) vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 13. Mai 2014 (HmbGVBl. S. 167), erstellte Entwurf einer Änderung des Landschaftsprogramms (Änderungsverfahren L 03/16) „Wohnen nördlich Poppenbütteler Weg in Hummelsbüttel“ nördlich der Straße Poppenbütteler Weg sowie östlich und südlich angrenzend an landwirtschaftlich genutzte Flächen der Hummelsbütteler Feldmark im Stadtteil Hummelsbüttel (F 03/16 – Bezirk Wandsbek, Ortsteil 520) wird mit Beschluss, Erläuterungsbericht und Karten nach §5 Absatz 2 HmbBNatSchAG in der Zeit vom 20. November 2017 bis 20. Dezember 2017 an den Werktagen (außer sonnabends) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Parallel zur Änderung des Flächennutzungsplans F 03/16 in diesem Bereich sowie zu dem Bebauungsplan Hummelsbüttel 28 (Bezirksplan) soll ein Änderungsverfahren für das Plangebiet durchgeführt werden.

Im Landschaftsprogramm wird unter Beachtung des zu ändernden Flächennutzungsplans F 03/16 künftig das Milieu „Etagenwohnen“ dargestellt. Der Verlauf der Hummelsbütteler Landschaftsachse wird angepasst und eine grüne Wegeverbindung dargestellt. Der Landschaftsschutz wurde für diesen Bereich in einem gesonderten Verfahren bereits aufgehoben. Der neue Grenzverlauf des LSG wird dementsprechend dargestellt.

Das Plangebiet umfasst etwa 4 ha.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Landschaftsprogramms bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über das Landschaftsprogramm unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Landschaftsprogramms kann in der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie, Neuenfelder Straße 19, I. Obergeschoss (Eingangsbereich), Raum E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 3. November 2017

**Die Behörde für Umwelt und Energie**

Amtl. Anz. S. 1906

## Aufstellungsbeschluss

Das Bezirksamt Wandsbek beschließt nach §2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2193, 2197), für das Gebiet nördlich der Straße Poppenbütteler Weg den Bebauungsplan Hummelsbüttel 28 aufzustellen (Aufstellungsbeschluss W 6/17).

Eine Karte, in der das Gebiet farblich gekennzeichnet ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 5059, Ostgrenzen der Flurstücke 5061, 5063 und 166 (Kishorst), Ost- und Südgrenzen des Flurstücks 5065, Südgrenze des Flurstücks 166 (Kishorst), über das Flurstück 166, Westgrenzen der Flurstücke 5063, 5061 und 5059 der Gemarkung Hummelsbüttel.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit der beabsichtigten Bezeichnung Hummelsbüttel 28 sollen nördlich der Straße Poppenbütteler Weg die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Bebauung mit acht Wohnhäusern und einem Gebäude für Gemeinbedarfsnutzungen geschaffen werden. Zur Erschließung der Bebauung ist eine neue Straße geplant. Die westlich der Straße vorgesehenen Wohnhäuser wurden bereits auf Grundlage von § 246 Absatz 14 BauGB genehmigt. Sie sollen zunächst der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden und später regulären Wohnnutzungen dienen. Die östlich der geplanten Erschließungsstraße geplanten Häuser dienen von Beginn an regulären Wohnnutzungen.

Im Südosten des Plangebiets ist eine private Grünfläche für Freiraumnutzungen der zukünftigen Bewohner und südlich davon ein Regenrückhaltebecken geplant. Der bestehende Weg Kishorst soll als Weg für Fußgänger und Radfahrer gesichert und teilweise ausgebaut werden. Am südlichen Plangebietsrand ist eine Fläche für Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen. Durch grünordnerische Festsetzungen soll die Ausgestaltung und Bepflanzung der Freiflächen gesichert werden.

Hamburg, den 13. September 2017

**Das Bezirksamt Wandsbek**

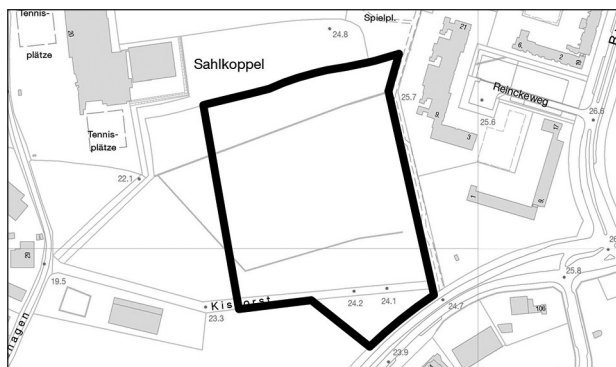
Amtl. Anz. S. 1906

## Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Wandsbek hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2193, 2197), öffentlich auszulegen:

Entwurf des Bebauungsplans Hummelsbüttel 28 (Rehagen/Poppenbütteler Weg)

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 5059, Ostgrenzen der Flurstücke 5061, 5063 und 166 (Kishorst), Ost- und Südgrenzen des Flurstücks 5065, Südgrenze des Flurstücks 166 (Kishorst), über das Flurstück 166, Westgrenzen der Flurstücke 5063, 5061 und 5059 der Gemarkung Hummelsbüttel.



Durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit der beabsichtigten Bezeichnung Hummelsbüttel 28 sollen

nördlich der Straße Poppenbütteler Weg die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Bebauung mit acht Wohnhäusern und einem Gebäude für Gemeinbedarfsnutzungen geschaffen werden. Zur Erschließung der Bebauung ist eine neue Straße geplant. Die westlich der Straße vorgesehenen Wohnhäuser wurden bereits auf Grundlage von § 246 Absatz 14 BauGB genehmigt. Sie sollen zunächst der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden und später regulären Wohnnutzungen dienen. Die östlich der geplanten Erschließungsstraße geplanten Häuser dienen von Beginn an regulären Wohnnutzungen.

Im Südosten des Plangebiets ist eine private Grünfläche für Freiraumnutzungen der zukünftigen Bewohner und südlich davon ein Regenrückhaltebecken geplant. Der bestehende Weg Kishorst soll als Weg für Fußgänger und Radfahrer gesichert und teilweise ausgebaut werden. Am südlichen Plangebietsrand ist eine Fläche für Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen. Durch grünordnerische Festsetzungen soll die Ausgestaltung und Bepflanzung der Freiflächen gesichert werden.

Bestandteile der ausliegenden Unterlagen sind der Umweltbericht als gesonderter Teil der Begründung, die wesentlichen umweltbezogenen Fachgutachten und die wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange.

Folgende umweltrelevante Informationen und Fachgutachten sind für den Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfs verfügbar:

- Umweltbericht mit einer Beschreibung und Bewertung des Bestandes und der Umweltauswirkungen durch die Planung sowie Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zu den Schutzgütern Klima und Luft, Boden, Wasser, Landschaft/Stadtbild, Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt, Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit sowie Kultur- und sonstigen Sachgütern.
- Gelände- und Höhenaufmaß aus dem Jahr 2016, das als Grundlage für die Planung der Gebäudehöhenlage, Höhenentwicklung des Baugebietes, der Oberflächenentwässerung, der Baumbewertung sowie der Erschließungsplanung diente und damit Bedeutung für die Schutzgüter Boden, Wasser und Pflanzen hat.
- Stadtklimatische Wirkungsanalyse aus dem Jahr 2016 zu den Auswirkungen von baulichen Entwicklungen auf Kaltluftentstehung und Kaltlufttransport im Hinblick auf die Schutzgüter Klima und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Baumbestandsaufnahme aus dem Jahr 2016 im Hinblick auf das Schutzgut Pflanzen.
- Artenschutzfachbeitrag mit drei ergänzenden Untersuchungen aus dem Jahr 2016 im Hinblick auf die Betroffenheit der vorkommenden Vögel, Fledermäuse und Amphibien und weiterer geschützter Arten zum Schutzgut Tiere einschließlich der biologischen Vielfalt.
- Landschaftsplanerisches Gutachten aus dem Jahr 2017 mit Beschreibung der Eingriff-Ausgleichs-Maßnahmen und -Bilanzierung im Hinblick auf die Schutzgüter Boden sowie Pflanzen- und Tierwelt einschließlich der biologischen Vielfalt.
- Geotechnisches Gutachten aus dem Jahr 2016 mit Gründungsempfehlungen im Hinblick auf die Schutzgüter Boden und Wasser.
- Erschließungsplanung mit Oberflächenentwässerungskonzept aus dem Jahr 2017 zum Umgang mit Oberflä-

chenwasser im Hinblick auf die Schutzgüter Wasser und Boden.

- Verkehrsgutachterliche Stellungnahme aus dem Jahr 2016 zum Kfz-Verkehr im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Schalltechnische Untersuchung aus dem Jahr 2016 zu den Auswirkungen der Lärmquellen Straßen- und Flugverkehr unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verkehrsbelastung und der Lärmquelle Sport unter Berücksichtigung einer bestehenden Sportnutzung im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Luftschadstoffgutachten aus dem Jahr 2016 unter Berücksichtigung der Emissionen des Straßenverkehrs im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.

Folgende umweltrelevante Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange liegen vor:

- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Abteilung Wasserwirtschaft, vom 26. Januar 2016 mit Hinweisen zu den Bodenverhältnissen im Hinblick auf die Schutzgüter Boden und Wasser.
- Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Verbraucherschutz, vom 29. Januar 2016 mit Hinweisen zu Altlasten und schutzwürdigen Böden im Hinblick auf die Schutzgüter Boden und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Bund für Umwelt und Naturschutz vom 15. Februar 2016 mit Hinweisen zu Ausgleichsbedarfen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens im Hinblick auf die Schutzgüter Boden, Wasser, Landschaft/Stadtbild, Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt, Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sowie zu klimatischen Auswirkungen im Hinblick auf die Schutzgüter Klima und Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit sowie zu Auswirkungen auf die Freiraumversorgung im Hinblick auf das Schutzgut Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit.
- Archäologisches Museum Hamburg, Bodendenkmalpflege, vom 24. März 2016 mit Hinweisen zur archäologischen Vorbehaltsfläche im Hinblick auf das Schutzgut Kultur- und sonstigen Sachgüter.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, vom 15. Juni 2017 mit Hinweisen zu den Anforderungen an die Bewirtschaftung des Niederschlagswassers im Hinblick auf das Schutzgut Wasser.
- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Abteilung Gewässerschutz, mit Hinweisen zu den Anforderungen an die Bewirtschaftung des Niederschlagswassers im Hinblick auf das Schutzgut Wasser.
- Arbeitsgemeinschaft Naturschutz vom 12. Juli 2017 und vom 19. Juli 2017 mit Hinweisen zu Ausgleichsbedarfen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens im Hinblick auf die Schutzgüter Boden, Wasser, Landschaft/Stadtbild, Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt, Mensch einschließlich der menschlichen Gesundheit sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sowie mit Hinweisen zu den Anforderungen an die Bewirtschaftung des Niederschlagswassers im Hinblick auf das Schutzgut Wasser.
- Bezirksamt Wandsbek, Management des öffentlichen Raumes, Wasserwirtschaft, vom 18. Juli 2016 mit Hinweisen zu den Anforderungen an die Bewirtschaftung des Niederschlagswassers im Hinblick auf das Schutzgut Wasser.

- Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie, vom 19. Juli 2017 mit Hinweisen zu den Anforderungen an die Bewirtschaftung des Niederschlagswassers im Hinblick auf das Schutzgut Wasser sowie Hinweisen zum Umgang mit dem Baum- und Gehölzbestand im Hinblick auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek eingesehen werden.

Der Bebauungsplan-Entwurf (Planzeichnung, Verordnung mit textlichen Festsetzungen und Begründung), die umweltrelevanten Informationen und Fachgutachten sowie die umweltrelevanten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden in der Zeit vom 20. November 2017 bis einschließlich 20. Dezember 2017 an den Werktagen (außer sonnabends) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können Anregungen zur Planung (Bebauungsplan-Entwurf mit Begründung und Umweltbericht) sowie zu den vorgenannten umweltbezogenen Informationen, Fachgutachten und Stellungnahmen bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Die genannten Planunterlagen können im oben genannten Zeitraum auch im Internet unter Verwendung des kostenlosen Online-Dienstes „Bauleitplanung“ auf den Seiten des „HamburgService“ eingesehen werden. Zudem besteht hier die Möglichkeit, direkt Stellungnahmen online abzugeben. Vor der Nutzung ist eine kostenlose Registrierung erforderlich. Alle Online-Dienste des Hamburg-Service sind unter folgender Adresse aufrufbar: [www.gateway.hamburg.de](http://www.gateway.hamburg.de)

Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

Hamburg, den 13. September 2017

**Das Bezirksamt Wandsbek**

Amtl. Anz. S. 1907

## Widmung einer Wegefläche im Stadtteil Hamburg-Altstadt – Graskeller –

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte belegene Wegefläche Graskeller neben Heiligengeistbrücke und Rödingsmarkt (Flurstück 6648) der Gemarkung Altstadt-Süd mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 1. November 2017

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

Amtl. Anz. S. 1908

## Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Stadtreinigung Hamburg (SRH) berechtigten Angestellten

Nach § 10 Absatz 2 des Stadtreinigungsgesetzes (SRG) vom 9. März 1994 (HmbGVBl. S. 81) in Verbindung mit § 2 der Satzung der Stadtreinigung Hamburg vom 29. März 1994 (HmbGVBl. S. 101) bedürfen Erklärungen, durch die die Stadtreinigung Hamburg verpflichtet werden soll, der schriftlichen Form. Sie sind nur wirksam, wenn sie von zwei Mitgliedern der Geschäftsführung oder von einem Mitglied der Geschäftsführung mit einem Prokuristen der SRH oder von zwei Personen entsprechend der von der Geschäftsführung gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 der Satzung beschlossenen Vertretungsregelung unterzeichnet sind.

Sofern Verpflichtungserklärungen der SRH nicht gemeinsam von beiden Geschäftsführern

– Herrn Prof. Dr. Rüdiger Siechau  
und Herrn Holger Lange –

oder von einem Geschäftsführer mit dem Prokuristen Dr. Joachim Greinert abgegeben werden, sind Verpflichtungserklärungen der SRH gemäß der Verfügung der Geschäftsführung vom 5. April 1994 über die Zeichnungsbefugnis und Befugnis zur Vertretung der SRH gegenüber Dritten gültig, wenn sie von einem der beiden Geschäftsführer oder unter Berücksichtigung in der Verfügung festgelegter Beschränkungen von zwei Angestellten oder einem Angestellten der SRH zusammen mit einem Geschäftsführer unterzeichnet sind.

Die von der Geschäftsführung gemäß § 10 SRG und § 2 der Satzung ermächtigten Angestellten sind im Rahmen von der Geschäftsführung der SRH festgelegten Beschränkungen Handlungsbevollmächtigte im Sinne von § 54 des Handelsgesetzbuches und werden nachstehend namentlich genannt.

### 1. Ermächtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtreinigung Hamburg:

Aschhoff, Dr.-Ing. Heinz-Gerd

Beck, Alexander

Bernhard, Jörg

Block, Malgorzata

Boisch, Dr. Anke

Bürkle, Karin

Bußmann, Daniel

Christophers, Anika

Fiedler, Reinhard

Föllmann, Alina

Föst, Cindy

Frärks, Anett

Gorecki, Christoph

Greinert, Dr. Joachim

Guthardt, Iris

Hähls, Matthias

Heitz, Werner

Hülsmeier, Michael

Jönsson, Holger

Kalab, Gustavo

Kauka, Daniel

Lamprecht, Jörn

Leowald, Bernd

Maas, Thomas

Masic, Alen

Masic, Djenefa

Mineur, Dr. Martin

Möller, Marco

Montag, Markus

Naß, Thomas

Niestroj, Jens

Pelka, Jan

Pildner, Monica-Adela

Postler, Dirk

Rademacher, Günter

Raelert, Gudrun

Reiß, Frank

Reuver, Ulf

Rieck, Udo

Rochnia, Peter

Sackers, Uwe

Sattler, Frank

Schellberg, Michael

Schwab, Tessa

Stade, Michael

Supper, Astrid

Thannhäuser, Thomas

Timm, Hartmut

Töllner, Bernd

Urban, Volker

Voß, Norbert

Warschkow, Frank

Winterberg, Sven

Wolfsteller, Dr. Tilmann

Zimmer, Dirk

### 2. Nachstehende MitarbeiterInnen sind für den Abschluss oder die Auflösung von Arbeitsverträgen ermächtigt gemäß Absatz 4.3.3 der Allgemeinen Geschäftsanweisung der Stadtreinigung:

Bernhard, Jörg

Boisch, Dr. Anke

Bußmann, Daniel

Fiedler, Reinhard

Gerns, Dr. Ditte

Greinert, Dr. Joachim

Heitz, Werner

Jönsson, Holger  
 Kalab, Gustavo  
 Lamprecht, Jörn  
 Leowald, Bernd  
 Maas, Thomas  
 Mineur, Dr. Martin  
 Möller, Marco  
 Naß, Thomas  
 Peters, Kay  
 Pildner, Monica-Adela  
 Postler, Dirk  
 Raelert, Gudrun  
 Reiß, Frank  
 Rochnia, Peter  
 Sattler, Frank  
 Stade, Michael  
 Supper, Astrid  
 Voß, Norbert  
 Warschkow, Frank  
 Winterberg, Sven  
 Zimmer, Dirk

Die am 11. November 2016 und danach veröffentlichten Vertretungsbefugnisse werden hiermit widerrufen.

Hamburg, den 19. Oktober 2017

**Stadtreinigung Hamburg**  
 – Geschäftsführung – Amtl. Anz. S. 1909

## Öffentliche Bekanntmachung über die 1. Satzung zur Änderung der Beitrags- ordnung der Hamburgischen Kammer der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten

Gemäß § 26 Absatz 2 des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. 2005 S. 495), zuletzt geändert am 21. Februar 2017 (HmbGVBl. S. 47), wird hiermit bekannt gemacht, dass die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit Datum vom 19. Oktober 2017 die von der Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hamburg am 13. September 2017 beschlossene 1. Satzung zur Änderung der Beitragsordnung gemäß § 57 in Verbindung mit § 19 Absatz 1, Absatz 2 Ziffer 1 und § 6 Absatz 6 des HmbKGGH genehmigt hat. Die 1. Satzung zur Änderung der Beitragsordnung wird im Mitteilungsblatt (Psychotherapeutenjournal) der Psychotherapeutenkammer Hamburg veröffentlicht und tritt am 1. Januar 2018 in Kraft. Das Psychotherapeutenjournal kann beim medhochzwei Verlag GmbH, Alte Eppelheimer Straße 42/1, 69115 Heidelberg, bezogen bzw. in der Geschäftsstelle der Psychotherapeutenkammer Hamburg, Hallerstraße 61, 20146 Hamburg, während der Geschäftszeiten (montags bis freitags von 9.30 Uhr bis 11.00 Uhr sowie montags, mittwochs und donnerstags von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr) eingesehen werden.

Hamburg, den 1. November 2017

**Psychotherapeutenkammer Hamburg**  
 Amtl. Anz. S. 1910

## ANZEIGENTEIL

### Behördliche Mitteilungen

#### Offenes Verfahren (EU) (VgV)

**Verfahren: 2017000167**

#### – Zulassungsbescheinigungen Teil 1

#### Auftraggeber: Behörde für Schule und Berufsbildung

- A) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Behörde für Schule und Berufsbildung,  
 Hamburger Straße 41, 22083 Hamburg, Deutschland

- B) Art der Vergabe

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

- C) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge kann elektronisch oder nicht elektronisch erfolgen.

- D) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistung

Belieferung des Landesbetriebes Verkehr in Hamburg mit Zulassungsbescheinigungen Teil 1 gemäß der Vorgabe der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) für den laufenden Geschäftsbedarf diverse Stadtgebiete der Freien und Hansestadt Hamburg.

- E) Entfällt

- F) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- G) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist Vom 1. Februar 2018 bis 31. Januar 2021.

- H) Die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

Behörde für Schule und Berufsbildung,  
 Submissionsstelle – V 234-12 –,  
 Hamburger Straße 41 (Raum 206), 22083 Hamburg,  
 Telefon: +49/40/42863-4635  
 Telefax: +49/40/42731-3465

Sie haben die Möglichkeit der elektronischen Angebotsabgabe.

- I) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist:  
 27. November 2017, 12.00 Uhr  
 Bindefrist: 15. Februar 2018

- J) Entfällt

- K) Entfällt

- L) Entfällt

- M) Entfällt  
 N) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

Wirtschaftlichstes Angebot:  
 UfAB VI: Einfache Richtwertmethode

Hamburg, den 27. Oktober 2017

**Die Behörde für Schule und Berufsbildung**

Amtl. Anz. S. 893

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2014/24/EU

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name und Adressen**  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Deutschland  
 Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe  
 Telefax: +49/40/42731-0143  
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de  
 NUTS-Code: DE600  
 Internet-Adresse(n):  
 Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
- I.3) **Kommunikation**  
 Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:  
<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>  
 Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
 Regional- oder Kommunalbehörde
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**  
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

**ABSCHNITT II: GEGENSTAND**

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**  
 SBH VgV VV 027-17 PP Neubau und Sanierung inkl. Abriss am Standort Archenholzstraße 55, Hamburg –Objektplanung Leistungsphasen 5 bis 8 gem. § 33 ff. HOAI.  
 Referenznummer der Bekanntmachung:  
 SBH VgV VV 027-17 PP
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**  
 71240000
- II.1.3) **Art des Auftrags**  
 Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**  
 Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1.1.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg

(nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m<sup>2</sup> und die Hauptnutzfläche etwa 3,1 Mio. m<sup>2</sup>.

Im Weiteren siehe II.2.4.

- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**  
 Wert ohne MwSt.: 327.000,- Euro
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**  
 Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**  
 71240000
- II.2.3) **Erfüllungsort**  
 NUTS-Code: DE600  
 Hauptort der Ausführung: Hamburg
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**  
 Die Grundschule Archenholzstraße liegt im Bezirk Mitte im Stadtteil Billstedt. Im Jahre 1965 wurde die Schule zunächst als Grund-, Haupt- und Realschule gebaut. Seit 2010 handelt es sich um eine eigenständige, teilgebundene Ganztagschule mit Vorschule und Ganztagsangeboten für den Nachmittag.  
 Der Auftrag besteht aus folgenden Maßnahmen:  
 1. Sanierung des gesamten Standortes in Bauabschnitten mit Ausnahme des Fachklassentraktes (Gebäude-Nr. 07) und der Sporthalle (Gebäude-Nr. 08 und 13).  
 2. Abriss aller eingeschossigen Wabenbauten (Gebäude-Nr. 10, 11 und 12) und Schaffung eines Ersatzneubaus mit ca. 1612 m<sup>2</sup> NGF gem. DIN 277 (Gebäude-Nr. 14).  
 3. Sanierung des Verwaltungsgebäudes (Gebäude-Nr. 01), der zweigeschossigen Wabenbauten (Gebäude-Nr. 05 und 06), des Hausmeister-Wohnhauses (Gebäude-Nr. 02), sowie Abriss der Pausenhalle (Gebäude-Nr. 03)
- Die Sanierung und der Neubau sollen von 2018 bis 2020 in mehreren Bauabschnitten umgesetzt werden. Insbesondere die Sanierung der Schule soll in mehreren Abschnitten und bei laufendem Schulbetrieb erfolgen.  
 Die vorgesehenen Kosten belaufen sich auf ca. 6.870.000,- Euro (brutto) für die Gesamtmaßnahme (Sanierung und Ersatzneubau, KG 200 bis 700 gem. DIN 276).
- Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:  
 – Leistungsphasen 5 und 6 gem. § 34 HOAI, Objektplanung,  
 – Leistungsphasen 7 bis 8 gem. § 34 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- Besondere Leistungen in den Leistungsphasen 5 ff Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- Durch die Büros Schröder Architekten aus Bremen sowie Knack & Prell aus Hamburg wurden die vorherigen Leistungsphasen erbracht. Die vorgenannten Büros sind von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen. Die Vorplanung sowie Kostenschätzung wird (teilweise) mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt werden.
- Vertreter der Schule nehmen ggf. in beratender Funktion bzw. in der Funktion eines Sachverständigen an der Angebotsverhandlung teil.
- Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch die WSP Deutschland AG, Niederlassung Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**  
Die nachstehenden Kriterien  
Qualitätskriterium – Name:  
Fachlicher Wert/Gewichtung: 25  
Qualitätskriterium – Name:  
Qualität/Gewichtung: 20  
Qualitätskriterium – Name:  
Kundendienst/Gewichtung: 15  
Qualitätskriterium – Name:  
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10  
Kostenkriterium – Name:  
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) **Geschätzter Wert**  
Wert ohne MwSt.: 327.000,- Euro
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**  
Laufzeit in Monaten: 36  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**  
Geplante Mindestzahl: 3  
Höchstzahl: 5  
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:  
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.  
Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten 2 Referenzprojekte, jeweils in den Kriterien: vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-4 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-3 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 28 Punkte erreicht werden.  
Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Um Nachforderungen zu vermeiden, bitten wir darum die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zudokumentieren. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.  
Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gem. § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) **Angaben zu Optionen**  
Optionen: ja  
Beschreibung der Optionen:  
– Leistungsphasen 7 bis 8 gem. § 34 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen),  
– Besondere Leistungen in den Leistungsphasen 5 ff Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**
- II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) **Zusätzliche Angaben**  
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**
- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**  
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:  
– ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;



- Anlage 1A: Nachweis der Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
- Anlage 1C: Eigenerklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);
- Anlage 1F: Eigenerklärung Fortbildung mit dem Schwerpunkt der Vergaberechtsreform VOB mind. A / B (Vordruck);
- Anlage 1G: Eigenerklärung zur Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1H: Eigenerklärung zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1I: Erklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1J: Eigenerklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie), bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2;
- Anlage 3A: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung (Kopie);
- Anlage 3B: Nachweis der beruflichen Qualifikation der Projektleitung (einschlägiger Abschluss gem. § 1-3 und 5 HmbIngG );
- Anlage 3C1/3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI (siehe II.2.9, III.1.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der

deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in Teilnahme- noch in Angebotsphase zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer und des Loses) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Der einzureichende Teilnahmeantrag ist nur mit der originalen Unterschrift (keine Scans, Kopien o. ä.) eines unterschriftsberechtigten Vertreters des Wirtschaftsteilnehmers gültig.

### III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1.500.000 Euro für Personenschäden, mind. 1.000.000 Euro für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Mit den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 350.000 Euro (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit  
Auflistung und kurze Beschreibung der Eigenkriterien:

(A) Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung: Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mindestens FH).

(C) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI:

Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten mit den zusätzlichen Anforderungen der abschnittsweisen Bearbeitung einer Sanierung im laufenden Betrieb und nachgehendem Ersatzneubau über mehrere Jahre zeigt, dass der in § 46 Abs. 3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren das Teilnehmerfeld stark eingrenzt. Um einen Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betrachtungszeitraum auf 6 Jahre erhöht.

Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2011) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276) und NGF (gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen.

Die vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(C) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

(D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten 3 Jahre (2014, 2015, 2016). Hiervon sind im Bereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI mind. 4 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten.

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 33 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle der Auftraggeberin gesondert verpflichtet.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart  
Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge  
Tag: 27. November 2017  
Ortszeit: 14.00 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:  
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

[http://www.hamburg.de/  
lieferungen-und-leistungen](http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen)

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Bewerbungsunterlagen für die hier jeweils ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form auf der vorgenannten Plattform sowie auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/vgv-ausschreibungen/>

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahme-wettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 50. KW 2017; Einreichung der Honorarangebote 4. KW 2018; Verhandlungsgespräche 6. KW 2018.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren  
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland  
Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99
- VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

- VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
  2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
  3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
  4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**  
SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland  
E-Mail: [vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de](mailto:vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de)  
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
26. Oktober 2017

Hamburg, den 1. November 2017

**Die Finanzbehörde**

894

**Deutschland-Hamburg:  
Wartung von Aufzugsanlagen 2017/S 206-425530  
Auftragsbekanntmachung  
Dienstleistungen  
Richtlinie 2014/24/EU**

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**  
Freie und Hansestadt Hamburg,  
FB SBH | Schulbau Hamburg,  
Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland  
Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe  
E-Mail: [vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de](mailto:vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de)  
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43  
NUTS-Code: DE600  
Internet-Adresse(n):  
Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
- I.3) **Kommunikation**  
Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang

	gebührenfrei zur Verfügung unter: <a href="http://www.hamburg.de/ausschreibungen">http://www.hamburg.de/ausschreibungen</a> .		Es können Angebote für ein, für mehrere oder für alle Lose eingereicht werden, jedoch kann ein Bieter den Zuschlag für max. 2 Lose erhalten. Die Limitierung erfolgt, wenn festgestellt wird, dass ein Bieter auf mehr als 2 Lose das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat.
	Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.		In diesem Fall erfolgt die Vergabe der Lose an die Bieter so, dass der AG den geringstmöglichen Gesamtpreis – bezogen auf alle Lose – realisieren kann.
I.4)	<b>Art des öffentlichen Auftraggebers</b> Regional- oder Kommunalbehörde		
I.5)	<b>Haupttätigkeit(en)</b> Allgemeine öffentliche Verwaltung	II.1.5)	Geschätzter Gesamtwert Wert ohne MwSt.: 2.630.000,- Euro
<b>ABSCHNITT II: GEGENSTAND</b>		II.1.6)	Angaben zu den Losen Aufteilung des Auftrags in Lose: ja Angebote sind möglich für maximale Anzahl an Losen: 5
II.1)	<b>Umfang der Beschaffung</b>	II.2)	<b>Beschreibung</b>
II.1.1)	Bezeichnung des Auftrags: SBH VgV OV 036-17 DK – Zentraler Wartungs- und Notrufvertrag für Aufzugsanlagen in 5 Losen. Referenznummer der Bekanntmachung: SBH VgV OV 036-17 DK	II.2.1)	Bezeichnung des Auftrags Los 1 – Regionen Mitte und Altona
II.1.2)	CPV-Code Hauptteil: 50750000	II.2.2)	Weitere(r) CPV-Code(s): 71630000, 50750000
II.1.3)	Art des Auftrags: Dienstleistungen	II.2.3)	Erfüllungsort NUTS-Code: DE60 Hauptort der Ausführung: Hamburg, Regionen Mitte und Altona mit ca. 48 Aufzugsanlagen.
II.1.4)	Kurze Beschreibung:  SBH   Schulbau Hamburg hat als Landesbetrieb der Freien und Hansestadt Hamburg (nachstehend SBH genannt) die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten.  Die GMH   Gebäudemanagement Hamburg GmbH (nachstehend GMH genannt) ist ein städtisches Unternehmen, welches für mehr als 50 Schulen im Süden Hamburgs die Dienstleistungen des Baus, des Betriebes und der Bewirtschaftung wahrnimmt.  Die Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde, SBH und die GMH als Auftraggeber (AG) vergeben die Wartung sowie den Stördienst und die Notrufbereitschaft auf Grundlage eines zentralen Wartungsvertrages.  Mit dieser Ausschreibung beabsichtigen die Auftraggeber Leistungen für insgesamt über alle Lose ca. 233 Aufzugsanlagen zu vergeben.  Die Leistungen beinhalten die regelmäßige Wartung und Inspektion der Aufzugsanlagen, die Gewährleistung eines Stördienstes sowie die Sicherstellung der Notrufweiterleitung aus dem Fahrkorb an eine ständig besetzte Stelle einschl. der Notbefreiung von eingeschlossenen Personen.  Weitere Bestandteile der zu vergebenden Leistungen sind die Organisation und Begleitung von gesetzlich wiederkehrenden Prüfungen für Aufzugsanlagen einschl. der Bereitstellung von Prüfmitteln sowie bei Bedarf die Wartung von installierten RWA-Anlagen/Schachtentrauchungen in Aufzugsschächten.  Die Leistungen werden in 5 Losen vergeben.	II.2.4)	Beschreibung der Beschaffung: siehe Ziffer II.1.4
		II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Qualitätskriterium – Name: Qualitätskonzept gemäß Wertungsmatrix/Gewichtung: 40 Preis – Gewichtung: 60
		II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 508.000,- Euro
		II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 36 Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja Beschreibung der Verlängerungen: Option der einmaligen Verlängerung um 12 Monate. Der AG zeigt mind. 6 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit das Vertragsende schriftlich an. Ansonsten gilt das Vertragsende mit Option.
		II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
		II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein
		II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen
		II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
		II.2.14)	Zusätzliche Angaben Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.

<p>II.2.1) Bezeichnung des Auftrags Los 2 – Regionen Eimsbüttel und Bergedorf</p> <p>II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71630000, 50750000</p> <p>II.2.3) Erfüllungsort NUTS-Code: DE60 Hauptort der Ausführung: Hamburg, Regionen Eimsbüttel und Bergedorf mit ca. 43 Aufzugsanlagen.</p> <p>II.2.4) Beschreibung der Beschaffung: siehe Ziffer II.1.4</p> <p>II.2.5) Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Qualitätskriterium – Name: Qualitätskonzept gemäß Wertungsmatrix/Gewichtung: 40 Preis – Gewichtung: 60</p> <p>II.2.6) Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 519.000,- Euro</p> <p>II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 36 Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja Option der einmaligen Verlängerung um 12 Monate Der AG zeigt mind. 6 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit das Vertragsende schriftlich an. Ansonsten gilt das Vertragsende mit Option.</p> <p>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein</p> <p>II.2.11) Angaben zu Optionen Optionen: nein</p> <p>II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen</p> <p>II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein</p> <p>II.2.14) Zusätzliche Angaben Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.</p> <p>II.2.1) Bezeichnung des Auftrags Los 3 – Regionen Wandsbek Nord und Nord</p> <p>II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71630000, 50750000</p> <p>II.2.3) Erfüllungsort NUTS-Code: DE60 Hauptort der Ausführung: Hamburg, Regionen Wandsbek Nord und Nord mit ca. 49 Aufzugsanlagen.</p> <p>II.2.4) Beschreibung der Beschaffung: siehe Ziffer II.1.4</p> <p>II.2.5) Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Qualitätskriterium – Name: Qualitätskonzept gemäß Wertungsmatrix/Gewichtung: 40 Preis – Gewichtung: 60</p>	<p>II.2.6) Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 980.000,- Euro</p> <p>II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 36 Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja Beschreibung der Verlängerungen: Option der einmaligen Verlängerung um 12 Monate. Der AG zeigt mind. 6 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit das Vertragsende schriftlich an. Ansonsten gilt das Vertragsende mit Option.</p> <p>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein</p> <p>II.2.11) Angaben zu Optionen Optionen: nein</p> <p>II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen</p> <p>II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein</p> <p>II.2.14) Zusätzliche Angaben Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.</p> <p>II.2.1) Bezeichnung des Auftrags Los 4 – Regionen Wandsbek Süd und HIBB (Berufsschulen, überregional)</p> <p>II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71630000, 50750000</p> <p>II.2.3) Erfüllungsort NUTS-Code: DE60 Hauptort der Ausführung: Hamburg, Regionen Wandsbek Süd und HIBB (Berufsschulen, überregional) mit ca. 53 Aufzugsanlagen.</p> <p>II.2.4) Beschreibung der Beschaffung: siehe Ziffer II.1.4</p> <p>II.2.5) Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Qualitätskriterium – Name: Qualitätskonzept gemäß Wertungsmatrix/Gewichtung: 40 Preis – Gewichtung: 60</p> <p>II.2.6) Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 590.000,- Euro</p> <p>II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 36 Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja Beschreibung der Verlängerungen: Option der einmaligen Verlängerung um 12 Monate. Der AG zeigt mind. 6 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit das Vertragsende schriftlich an. Ansonsten gilt das Vertragsende mit Option.</p> <p>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein</p>
--	---

- II.2.11) Angaben zu Optionen  
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union  
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben  
Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags  
Los 5 – Region Süd (GMH)
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71630000, 50750000
- II.2.3) Erfüllungsort  
NUTS-Code: DE60  
Hauptort der Ausführung: Hamburg, Region Süd (GMH) mit ca. 40 Aufzugsanlagen.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:  
siehe Ziffer II.1.4
- II.2.5) Zuschlagskriterien  
Die nachstehenden Kriterien:  
Qualitätskriterium – Name:  
Qualitätskonzept gemäß Wertungsmatrix/Gewichtung: 40  
Preis – Gewichtung: 60
- II.2.6) Geschätzter Wert  
Wert ohne MwSt.: 542.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems  
Laufzeit in Monaten: 36  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja  
Beschreibung der Verlängerungen:  
Option der einmaligen Verlängerung um 12 Monate.  
Der AG zeigt mind. 6 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit das Vertragsende schriftlich an. Ansonsten gilt das Vertragsende mit Option.
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen  
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union  
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben  
Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**
- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
- Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**  
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
- Ausgefüllte und unterzeichnete Eigenerklärung Mindestlohn,
  - Bescheinigung in Steuersachen (hier: Unbedenklichkeitsbescheinigung von dem zuständigen Finanzamt, gültig und nicht älter als 12 Monate),
  - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen KV oder BG, gültig und nicht älter als 12 Monate),
  - Versicherungsnachweis der Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach-, Umwelt-, Bearbeitungs- und Vermögensschäden mit Angabe der Versicherungssummen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
  - Umsätze der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.
- III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**  
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
- Konzeptbeschreibung bzw. Darstellung von Prozessen und Abläufen sowie zur Herangehensweise zur Ausführung der Wartungs- und Inspektionsleistungen einschl. Muster Wartungscheckliste, die Gewährleistung des Stördienstes sowie Sicherstellung der Notrufbereitschaft (Hinweis: keine Firmenprospekte, Flyer o.ä.). Mit dem Konzept möchte der AG Informationen vom Bieter erhalten zu: Durchführung und Fähigkeiten (Leistungsfähigkeit und Sicherstellung der Wartung und der Leistungen zur Störungsbeseitigung sowie Notrufbereitschaft; Arbeitsplanung, Vertretung bei Krankheit, Urlaub etc.) Dokumentation (Maßnahmen zur Qualitätssicherung der ausgeführten Wartungsleistungen und -Tätigkeiten) Stördienst und Notfallmanagement (Erreichbarkeit/Verfügbarkeit Personal, Organisation, Reaktionszeiten, Prozessablauf ab Meldung Störung bzw. ab Eingang Notruf; Funktionsüberprüfung)
  - Unterzeichnete Betriebsanweisung „Vorbeugender Unfall- und Gefahrenschutz“
  - Mindestens drei Referenzen die nicht älter als drei Jahre sind, über vergleichbare Projekte mit Angabe der jeweils zuständigen Auftraggeber sowie die vollständigen Kontaktdaten der eingereichten Referenzen.
  - Aufstellung der qualifizierten Mitarbeiter für die Jahre 2014, 2015 und 2016 (Angaben zur Anzahl sowie zu den ausführenden Mitarbeitern, die für die Ausführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung und -verzeichnis vorgesehen sind, einschl. von Nachweisen über deren Fach- und Sachkunde (z.B. Fortbildungen, erworbene Zusatzqualifikationen, Berufsausbildung und -erfahrung, Kennt-

nisse/Fähigkeiten zu Aufzugsanlagen und -steuerungen herstellerübergreifend). Der AG legt Wert darauf Informationen zu Kenntnissen und Fähigkeiten des Bieters zu erhalten, die die Kompetenzen und die Fähigkeiten im Umgang mit geschlossenen (nicht allgemein zugänglich und herstellerabhängig) Aufzugssteuerungen plausibel belegen.

- Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Mindestanforderung zur Mitarbeiterzahl zum Erhalt eines Loses siehe Punkt 3. der Leistungsbeschreibung.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1.) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart  
Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)  
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge  
28. November 2017, 13.00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können  
Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots  
Das Angebot muss gültig bleiben bis:  
1. Februar 2018

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote  
28. November 2017, 13.00 Uhr  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg  
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer der Finanzbehörde,  
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,  
Deutschland  
Telefax: +49/40/428 23-2020

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

FB SBH | Schulbau Hamburg,  
Rechtsabteilung U 1,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Deutschland  
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de  
Telefax: +49/40/42731-0143

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
23. Oktober 2017

Hamburg, den 26. Oktober 2017

**Die Finanzbehörde**

895

**Auftragsbekanntmachung**

**Bauftrag**

Richtlinie 2014/24/EU

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

I.1) **Name und Adressen**

Freie und Hansestadt Hamburg,  
FB SBH | Schulbau Hamburg,  
Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de  
Telefax: +49/40/42731-0143

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**ABSCHNITT II: GEGENSTAND**

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

SBH VOB OV 087-17 LG – Brehmweg 60 in 22527 Hamburg, Zubau für die STS Stellingen – hier: Förderanlagen.

Referenznummer der Bekanntmachung:

SBH VOB OV 087-17 LG

II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214220

II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Der Neubau mit 21 Klassenräumen wird am Standort des abgerissenen Klassengebäudes Typ „Wabe“ realisiert.

Der Standort befindet sich auf dem Grundstück der Stadtteilschule Stellingen in Hamburg an der Zufahrt von der Hagenbeckstraße.

Der Kopf des Neubaus legt sich an das Ende der Schulallee und findet im Hauptzugang zum Gebäude seinen Endpunkt.

Der Schulhofbereich, der sich an der Schulachse, der Bestandsbebauung und der ehemaligen Wabe ergeben hat, bleibt hierbei erhalten.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 36.000,- Euro

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 45313000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE600

Hauptort der Ausführung:  
Brehmweg 60 in 22527 Hamburg.

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Personenaufzug mit drei Haltestellen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien: Preis

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 36.000,- Euro

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 13

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Voraussichtlicher Ausführungstermin:  
ca. Mai 2018 bis Mai 2019.

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer



ODER:  
Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)
- Umsätze aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A

UND:

- gültige Freistellungsbescheinigung

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der durchschnittliche Jahresumsatz über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die angegeben werden, muss mindestens das Einfache der Schätzkosten der ausgeschriebenen Leistung erreichen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

ODER:

mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) Verfahrensart  
Offenes Verfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)  
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge  
5. Dezember 2017, 10.00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können  
Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots  
Das Angebot muss gültig bleiben bis:  
5. Februar 2018

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote  
5. Dezember 2017, 10.00 Uhr  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg  
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:  
<http://www.hamburg.de/bauleistungen>  
Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.  
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland  
Telefax: +49/40/4 27 31 - 04 99

- VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren
- VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen  
 Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
 Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
  2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
  3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
  4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 Rechtsabteilung U 1,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Deutschland  
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de  
 Telefax: +49/40/42731-0143
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
 27. Oktober 2017

Hamburg, den 1. November 2017

**Die Finanzbehörde** 896

**Auftragsbekanntmachung**

**Bauftrag**

Richtlinie 2014/24/EU

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name und Adressen**  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 FB SBH | Schulbau Hamburg,  
 Einkauf/Vergabe,  
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
 Deutschland  
 Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe  
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de  
 Telefax: +49/40/42731-0143  
 NUTS-Code: DE600  
 Internet-Adresse(n):  
 Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

- I.3) **Kommunikation**  
 Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.  
 Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.  
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
 Regional- oder Kommunalbehörde
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**  
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

**ABSCHNITT II: GEGENSTAND**

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:  
 SBH VOB OV 084-17 CR – Brehmweg 60 in 22527 Hamburg, Zubau für die STS Stellingen – hier: Blitzschutzanlage, Fernmelde- u. IT-Anlagen, Starkstromanlagen, Gebäudeautomation.  
 Referenznummer der Bekanntmachung:  
 SBH VOB OV 084-17 CR
- II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214220
- II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag
- II.1.4) Kurze Beschreibung:  
 Der Neubau mit 21 Klassenräumen wird am Standort des abgerissenen Klassengebäudes Typ „Wabe“ realisiert.  
 Der Standort befindet sich auf dem Grundstück der Stadtteilschule Stellingen in Hamburg an der Zufahrt von der Hagenbeckstraße.  
 Der Kopf des Neubaus legt sich an das Ende der Schulallee und findet im Hauptzugang zum Gebäude seinen Endpunkt.  
 Der Schulhofbereich, der sich an der Schulachse, der Bestandsbebauung und der ehemaligen Wabe ergeben hat, bleibt hierbei erhalten.
- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert  
 Wert ohne MwSt.: 316.000,- Euro
- II.1.6) Angaben zu den Losen  
 Aufteilung des Auftrags in Lose: ja  
 Angebote sind möglich für maximale Anzahl an Losen: 4
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags  
 Blitzschutzanlage  
 Los-Nr.: 1
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 45312310, 31216100
- II.2.3) Erfüllungsort  
 NUTS-Code: DE6  
 Hauptort der Ausführung:  
 Brehmweg 60, 22527 Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:  
 – 500 m Fundament und Ringerder,

	– 250 m Gebäudeableitung, – 400 m Auffangleitung.	II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis	II.2.14)	Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungszeitraum: ca. Mai 2018 bis Ende Mai 2019.
II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 12.000,- Euro	II.2)	<b>Beschreibung</b>
II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 13 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein	II.2.1)	Bezeichnung des Auftrags Starkstromanlagen Los-Nr.: 3
II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein	II.2.2)	Weitere(r) CPV-Code(s): 31321000, 45232200
II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein	II.2.3)	Erfüllungsort NUTS-Code: DE6 Hauptort der Ausführung: Brehmweg 60, 22527 Hamburg.
II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen	II.2.4)	Beschreibung der Beschaffung: – Sicherheitsbeleuchtungsanlage mit Einzelbatterieleuchten, – 24 km Kabel, NSHV und 2 UV, – 640 Installationskomponenten, – 390 Leuchten montieren.
II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein	II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis
II.2.14)	Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungszeitraum: ca. Mai 2018 bis Ende Mai 2019.	II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 212.000,- Euro
II.2)	<b>Beschreibung</b>	II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 13 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
II.2.1)	Bezeichnung des Auftrags Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen Los-Nr.: 2	II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
II.2.2)	Weitere(r) CPV-Code(s): 45314000	II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein
II.2.3)	Erfüllungsort NUTS-Code: DE6 Hauptort der Ausführung: Brehmweg 60, 22527 Hamburg.	II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen
II.2.4)	Beschreibung der Beschaffung: – 250 m LWL-Datennetz, – 200 Datendosen, – 11 km Kabelnetz, – ELA-Anlage 80 LS, – Hausalarm 40 Taster.	II.2.13)	Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
II.2.5)	Zuschlagskriterien Die nachstehenden Kriterien: Preis	II.2.14)	Zusätzliche Angaben Voraussichtlicher Ausführungszeitraum: ca. Mai 2018 bis Ende Mai 2019.
II.2.6)	Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: 86.000,- Euro	II.2)	<b>Beschreibung</b>
II.2.7)	Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems Laufzeit in Monaten: 13 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein	II.2.1)	Bezeichnung des Auftrags Gebäudeautomation Los-Nr.: 4
II.2.10)	Angaben über Varianten/Alternativangebote Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein	II.2.2)	Weitere(r) CPV-Code(s): 30232700, 45311200, 45311000
II.2.11)	Angaben zu Optionen Optionen: nein	II.2.3)	Erfüllungsort NUTS-Code: DE6 Hauptort der Ausführung: Brehmweg 60, 22527 Hamburg.
II.2.12)	Angaben zu elektronischen Katalogen		

- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:  
 – Ca. 105 m<sup>2</sup> Treppengeländer aus Flachstahl,  
 – ca. 115 lfm Handläufe aus Stahl-Rundrohr,  
 – 1 St. Stahl-Feuerschutztor F90 ca. 3,42 m x 260 m.
- II.2.5) Zuschlagskriterien  
 Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert  
 Wert ohne MwSt.: 6.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung  
 oder des dynamischen Beschaffungssystems  
 Laufzeit in Monaten: 13  
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote  
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen  
 Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union  
 Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben  
 Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:  
 ca. Mai 2018 bis Ende Mai 2019.

### ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
 Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:  
 Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder:  
 Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:  
 – Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder:  
 – Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).  
 – Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).  
 – Umsätze aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 6a EU Nr. 2c Satz 1 VOB/A

und:

- gültige Freistellungsbescheinigung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Der durchschnittliche Jahresumsatz über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, die angegebenen werden, muss mindestens das Einfache der Schätzkosten der ausgeschriebenen Leistung pro Los erreichen.

- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit  
 Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:  
 – Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer oder mindestens 3 Referenzen gem. § 6a EU Nr. 3a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen – nicht älter als 3 Jahre.

- III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

#### IV.1) **Beschreibung**

- IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)  
 Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

#### IV.2) **Verwaltungsangaben**

- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge  
 5. Dezember 2017, 10.00 Uhr

- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können  
 Deutsch

- IV.2.6) Bindefrist des Angebots  
 Das Angebot muss gültig bleiben bis:  
 5. Februar 2018

- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote  
 5. Dezember 2017, 10.00 Uhr

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.

**ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:  
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>  
Hinter dem Wort „LINK“ sind dort jeweils pro Los die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebenen Leistungen zum Download kostenfrei hinterlegt.  
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.  
Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.  
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.  
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**  
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg  
Deutschland  
Telefax: +49/40/427310499
- VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**
- VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
  2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
  3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
  4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**  
SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland  
E-Mail: [vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de](mailto:vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de)  
Telefax: +49/40/42731-0143
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
30. Oktober 2017  
Hamburg, den 2. November 2017

**Die Finanzbehörde**

897

**Öffentliche Ausschreibung**

- a) SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe, Ausschreibungsmanagement VOB (U 42) An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Telefax: 040/42731-0143, E-Mail: [vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de](mailto:vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de) Internet: <http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
  - b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A). Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 118-17 VP**
  - c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt. Es werden nur schriftliche Angebote (in Papierform) akzeptiert.
  - d) Ausführung von Bauleistungen
  - e) Baumacker 10 in 22523 Hamburg
  - f) Die Freie und Hansestadt Hamburg, SBH Schulbau Hamburg, plant die Sanierung der Klassengebäude 04, 05 sowie des Verwaltungsgebäudes auf der Liegenschaft der Max-Traeger-Schule, Baumacker 10 in 22523 Hamburg. Es handelt sich um separate, zweigeschossige Gebäude aus den 1960er Jahren (Typenbauten). Die Klassengebäude haben je vier Klassenräume, beim Gebäude 04 werden zwei Räume als Mensa genutzt. Die Klassenhäuser haben eine Grundfläche von 33 x 9 m, die Verwaltung hat eine Grundfläche von 29 x 12 m. Die Klassenhäuser 04/05 werden in 2 Bauabschnitten, aufeinander folgend saniert, die Sanierung der Verwaltung läuft parallel. Die Sanierungsmaßnahmen erfolgen ab Februar 2018 bis einschließlich September 2018. Während dieser Zeit werden die Gebäude nicht schulisch genutzt.  
Hier: Los 1: Rohbauarbeiten  
Los 2: Schadstoffsanierung  
Los 3: Kunststofffenster und Stahltüren
  - g) Entfällt
- HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- h) Aufteilung in Lose: ja  
Angebote sind möglich für mehrere Lose.  
Los 1: Rohbauarbeiten  
Klassenhäuser 04/05 (zusammengefasst):
- Baustelleneinrichtung
  - ca. 80 m<sup>2</sup> Sanitärräume entkernen m. Trennwänden, Estrich u. Fliesen, Sanitärobjekten
  - ca. 200 m<sup>2</sup> Reinigung u. Sanierung Mauerwerk innen
  - ca. 440 m Innendämmung Fensterstürze
  - ca. 300 m<sup>2</sup> Innenputz
  - ca. 80 m<sup>2</sup> Estrich Sanitärbereiche
- Verwaltung:
- Abbruch Sanitäröbekte, -trennwände in 5 Räumen
  - ca. 180 m<sup>2</sup> Reinigung u. Sanierung Mauerwerk innen und außen
  - ca. 70 m Innendämmung Fensterstürze
  - ca. 300 m<sup>2</sup> Abbruch Bodenbelag Linoleum
  - ca. 203 m<sup>2</sup> Innenputz
  - ca. 150 m<sup>2</sup> Betonteile sanieren, Kleinstflächen
- Los 2: Schadstoffsanierung  
Klassenhäuser 04/05 (zusammengefasst):
- ca. 840 m<sup>2</sup> Gipskarton-Akustikdecke mit KMF-Dämmauflage
  - ca. 80 Stk. Holzblenden zwischen Fenstern mit KMF-Dämmung
  - ca. 400 m<sup>2</sup> Bodenbelag Linoleum, asbesthaltig
- Verwaltung:
- ca. 385 m<sup>2</sup> Gipskarton-Akustikdecke mit KMF-Dämmauflage
  - ca. 100 m<sup>2</sup> Innenputz mit Asbest
- Los 3: Kunststofffenster und Stahltüren  
Klassenhäuser 04/05 (zusammengefasst):
- ca. 68 Stk. Kunststofffenster
  - 1 Stk. Haupteingangstür 1 Stck
  - ca. 80 Stk. Bestandsfenster überholen
- Verwaltung:
- ca. 39 Stk. Kunststofffenster
  - 2 Stk. Eingangstür
  - ca. 34 Stk. Bestandsfenster überholen
- i) Beginn der Ausführung (sofern möglich):  
Los 1 ca. Februar 2018  
Los 2 ca. Februar 2018  
Los 3 ca. Februar 2018
- Fertigstellung oder Dauer der Ausführung:  
Los 1 ca. August 2018  
Los 2 ca. Juli 2018  
Los 3 ca. Juli 2018
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie sowohl auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:  
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/>  
als auch auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:  
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>.  
Hinter „LINK Los 1“, „LINK Los 2“ und „LINK Los 3“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier aus-  
geschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.  
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.  
Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.
- l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 24. November 2017, 10.00 Uhr für Los 1, bis zum 24. November 2017, 10.30 Uhr für Los 2 und bis zum 24. November 2017, 11.00 Uhr für Los 3, eingereicht werden.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten (und/oder ggf. elektronisch zu übermitteln) sind:  
SBH | Schulbau Hamburg,  
Einkauf/Vergabe,  
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Ablauf der Angebotsfrist für Los 1 am 24. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 24. November 2017 um 10.30 Uhr und für Los 3 am 24. November 2017 um 11.00 Uhr.  
Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o): für Los 1 am 24. November 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 24. November 2017 um 10.30 Uhr und für Los 3 am 24. November 2017 um 11.00 Uhr.  
Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.  
**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.  
Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.  
Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.  
Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben zusammen mit dem Angebot vorzulegen.
- v) Die Bindefrist endet am 29. Dezember 2017.
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):  
SBH | Schulbau Hamburg,  
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Telefax: 040/427 31 - 01 37

- x) **Zuschlagskriterien:**  
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- y) **Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:**  
SBH Homepage:  
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>  
und Zentrale Veröffentlichungsplattform:  
<http://www.hamburg.de/bauleistungen>  
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 30. Oktober 2017

**Die Finanzbehörde**

898

**Offenes Verfahren (EU) (VgV)****Verfahren: VOL2017017OV – Speichersystem für Hamburg Open Science (HOS)****Auftraggeber: Universität Hamburg**

- A) **Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**  
Universität Hamburg,  
Mittelweg 177, 20148 Hamburg, Deutschland
- B) **Art der Vergabe**  
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- C) **Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**  
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge kann elektronisch oder nicht elektronisch erfolgen.
- D) **Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistung**  
Das Projekt „Hamburg Open Science“ (HOS) hat den freien Zugang zu Forschungsdaten zum Ziel. Eine wichtige Komponente hiervon ist ein sicheres und sehr gut skalierbares Speichersystem (im Folgenden als Archivspeicher1 bezeichnet), das einen sicheren und

zuverlässigen Zugriff auf solche Daten in einem Maßstab erlaubt, den die bestehenden Dienste nicht anbieten können. Der Gegenstand dieser Ausschreibung ist eine Rahmenvereinbarung zur Errichtung eines Archivspeichers für „Hamburg Open Science“ zum Zwecke der Ablage von Forschungsdaten der Universität Hamburg, bestehend aus einem Objektspeicher mit File-Gateways sowie einer zusätzlichen Komponente zur Datensicherung (Disaster Recovery, DR). Der Archivspeicher dient ausschließlich der Ablage von Forschungsdaten. Software zur Verwaltung, Versionierung oder Archivierung von Daten ist nicht Bestandteil dieses Vergabeverfahrens.

- E) Entfällt
- F) **Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**  
Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen.
- G) Entfällt
- H) **Die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**  
Universität Hamburg – Submissionsstelle  
Mittelweg 177, 20148 Hamburg  
Sie haben die Möglichkeit der elektronischen Angebotsabgabe. Weitere Informationen und diese Bekanntmachung finden Sie unter: <http://www.uni-hamburg.de/>
- I) **Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**  
Teilnahme- oder Angebotsfrist:  
29. November 2017, 11.00 Uhr,  
Bindefrist: 29. Dezember 2017
- J) Entfällt
- K) Entfällt
- L) Entfällt
- M) Entfällt
- N) **Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden**  
Freie Verhältnismessung Preis/Leistung, Bewertung nach der einfachen Richtwertmethode.

Hamburg, den 2. November 2017

**Universität Hamburg**

899

**Gerichtliche Mitteilungen****Zwangsversteigerung**

417 K 5/16. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21037 Hamburg, nordöstlich Ochsenwerder Elbdeich 43 belegene, im Grundbuch von Ochsenwerder Blatt 55 eingetragene 15811 m<sup>2</sup> große Grundstück (Flurstück 4136), durch das Gericht versteigert werden.

Das landwirtschaftliche Grundstück ist bebaut mit 2 Gewächshäusern, 1 Garagegebäude mit 2 Toren und einem Schuppenteil, 1 Öltankgebäude; Strei-

fenfundamentreste und Scherben eines bereits abgerissenen Gewächshauses. Alle Gebäude sind abrisssreif; Abbruchkosten sind als Wertminderung berücksichtigt. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 22 300,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 23. Januar 2018, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Man-tius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 109, montags, bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/42891-2393/-2192. Infos auch im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. Juli 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren,

1928

Freitag, den 10. November 2017

Amtl. Anz. Nr. 87

sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls werden sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Hamburg, den 10. November 2017

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417

900

### Zwangsversteigerung

541 K 13/16. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22559 Hamburg, Wittenbergener Weg 39 belegene, im Grundbuch von Rissen Blatt 4540 eingetragene Grundstück, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Eingeschossiges, teilunterkellertes Wohnhaus mit Anbau, Dachgeschoss zu Wohnzwecken ausgebaut, Ursprungsbaujahr 1925, etwa 206 m<sup>2</sup> Wohnfläche. Nach derzeitigem Stand sind in Abteilung II und III Rechte zu übernehmen.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Dezember 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 756 000,- Euro.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 25 im I. Stock, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter [www.zvg.com](http://www.zvg.com).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 12. Januar 2018, 9.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-

Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 10. November 2017

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Blankenese**

Abteilung 541

901

### Aufgebot

421 II 6/17. Die beteiligte **Fa. Haifan Grundstücksverwaltung GmbH**, Billwerder Billdeich 605 B, 21033 Hamburg (Amtsgericht Hamburg HRB 144151), Bevollmächtigter: Notar Dr. Marius Kohler, Reetwerder 23 A, 21029 Hamburg, hat beantragt, den Deutschen Grundschuldbrief – Gruppe 01 Nummer 026166 – über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Bergedorf Blatt 3220 in Abteilung III unter der Nummer 7 – sieben – für die Kreditkasse für Hausinstandsetzung GmbH, Hamburg-Altona, eingetragene Grundschuld über 2000,- DM = 1022,58 Euro (Eintausendzweiundzwanzig 58/100 Euro) nebst 6,5% Zinsen jährlich und 0,5% Verwaltungskostenbeitrag jährlich, für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des Grundschuldbriefes wird gemäß § 469 FamFG aufgefordert, seine Rechte beim Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, Zimmer 210/211 spätestens bis zum **5. Januar 2018** (Anmeldezeitpunkt) anzumelden

und den Grundschuldbriefbrief vorzulegen, widrigenfalls dieser für kraftlos erklärt wird.

Hamburg, den 12. Oktober 2017

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 421

902

### Ausschließungsbeschluss

420 II 2/17. In dem Verfahren für Herrn Dieter Reineke, geboren am 9. Februar 1941 in Hamburg, verstorben am 14. Mai 2015, zuletzt wohnhaft Gojenbergsweg 45, 21029 Hamburg, vertreten durch die Miterbin Ulgüd Reineke, geboren am 23. Oktober 1970, Gojenbergsweg 45, 21029 Hamburg, vertreten durch Rechtsanwälte Brennecke & Partner, Beiertheimer Allee 60, 76137 Karlsruhe, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 420, am 27. Oktober 2017 durch die Rechtspflegerin Cordes:

I. Folgenden Nachlassgläubigern werden die angemeldeten Forderungen gegen den Nachlass des am 14. Mai 2015 verstorbenen Dieter Reineke vorbehalten: Ulgüd Reineke und Matthias Müller-Reineke, Gojenbergsweg 45, 21029 Hamburg, in Höhe von 7525,38 Euro. II.1. Die Gläubiger, die ihre Forderungen gegen den Nachlass des Erblassers Dieter Reineke, letzter Wohnsitz Gojenbergsweg 45, 21029 Hamburg, in dem Aufgebotsverfahren vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Aktenzeichen 420 II 2/17, nicht wirksam angemeldet haben, können von dem Erben nur insoweit Befriedigung ihrer Forderungen verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuss ergibt; ihr Recht, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, bleibt unberührt. II.2. Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin. II.3. Der Verfahrenswert wird auf 8000,- Euro festgesetzt. Dieser Beschluss wird erst mit Rechtskraft wirksam. Die Festsetzung des Verfahrenswertes beruht auf § 36 GNotKG.

Hamburg, den 1. November 2017

**Das Amtsgericht  
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 421

903